



Frau Martina Schürmann
Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klima und Verbraucherschutz

Severinstraße 44, 45127 Essen
Telefon (02 01) 8888030
Fax (02 01) 225810
Mail spd-fraktion@essen.de

Herrn Ulrich Pabst
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Mobilität

Herrn Martin Schlauch
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Integration

07.09.2021

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Kufen

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Ausschuss für Umwelt, Klima- und Verbraucherschutz	07.09.2021	Beratung / Empfehlung
Ausschuss für Verkehr und Mobilität	09.09.2021	Beratung / Empfehlung
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Integration	21.09.2021	Beratung / Empfehlung
Rat der Stadt Essen	22.09.2021	Entscheidung

Lärmaktionsplan 2021

hier: Prüfung von Tempo 30 in Lärm-Hot-Spot Straßen

Sehr geehrte Frau Schürmann,
sehr geehrter Herr Pabst,
sehr geehrter Herr Schlauch,
Herr Oberbürgermeister Kufen,

Die SPD-Fraktion beantragt, der Ausschuss für Umwelt, Klima- und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Verkehr und Mobilität und der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Integration empfehlen, der Rat der Stadt Essen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen und darzulegen:

- 1) inwiefern an den identifizierten Lärm-Hot-Spots in Essen zusätzlich Tempo 30 zur Minderung der Lärmbelastung beitragen kann**
- 2) und in welchem Maße eine effektive und effiziente Geschwindigkeitskontrolle an den jeweiligen Standorten umsetzbar ist.**

Begründung:

Kernelement des Lärmaktionsplans 2021 ist die Reduzierung der Lärmbelastung als Gesundheitsrisiko für gleichermaßen alle Essener Bürger*innen. Verantwortlich für einen Großteil dieser Emissionen ist der Verkehr, allen voran der Straßenverkehr. Als Gegenmaßnahmen führt der Lärmaktionsplan hauptsächlich

langwierige und teure Baumaßnahmen wie Flüsterasphalt oder anderweitige Sanierungen auf. Noch kaum genutzt hingegen wird das Instrument einer Reduzierung des Tempolimits auf 30 km/h in besonders dicht besiedelten Gebieten. Der Bericht zeigt klar auf, dass mit einer Minderung der Richtgeschwindigkeit eine merkliche Verbesserung der Lärmkulisse erreicht werden kann, auch ohne ständige Verkehrsüberwachung. Um jedoch Geschwindigkeitsreduzierungen über 12 km/h hinaus zu erreichen, sind effektive und effiziente Kontrollen oder vergleichbare Maßnahmen unabdingbar.

Die Straßenverkehrsbehörde hat als Organ der Verwaltung zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm (und Abgasen) nach § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 der StVO die Möglichkeit, die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken zu beschränken oder zu verbieten. Lediglich auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, sowie weiteren Hauptverkehrsstraßen muss hinsichtlich einer Geschwindigkeitsbeschränkung gegenüber der besonderen Verkehrsfunktion dieser abgewogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Malburg